

Budapest, 7. Juni.

Baron Burján hat dem Herrscher die Ergebnisse seiner Budapest Mission bereits unterbreitet, und die Regierungsaufgaben der Kriegszeit, ebenso wie die verfassungsmäßig bald fällige Notwendigkeit der Erledigung des Staatshaushaltsgesetzes machen es wahrscheinlich, daß den informativen Unterbreitungen des Barons Burján in der nächsten Zeit die Lösung der Regierungskrise folgen dürfte. Mit dem ganzen Ernst, den die Stunde gebietet, harren wir der Entscheidung entgegen. Die Ernennung des Ministeriums ist durch das ungarische Staatsrecht dem König vorbehalten, die Vorbereitungen dieser Handlung des Monarchen sind geschützt durch die Schranken des Amtsgeheimnisses, es wäre also ebenso unnütz wie unangebracht, der Entschließung des Königs durch unzuständige Kombinationen vorgreifen zu wollen. Vollauf berechtigt ist es hingegen, eben jetzt wieder, da die Würfel fallen, auf die Vorbedingung einer gesunden, vernünftigen, dauerverheißenden Entwirrung hinzuweisen. Die Eigenart der gegenwärtigen Regierungskrise ist durch die Tatsache gekennzeichnet, daß an ihrem Ausgangspunkte die Frage der drängenden Wahlrechtsreform steht. Sie wurde von der zurücktretenden Regierung selbst ausdrücklich als die Ursache und der Stoff der Krise bezeichnet, als das Gebiet, auf dem sich ein nicht überbrückter Gegensatz zwischen dem König und seiner Regierung ergeben hat. Die Wahlrechtsreform stellt also den Wesenskern der ganzen innerpolitischen Verwicklung dar, die durch den Rücktritt des Kabinetts Tisza entstanden ist, und naturgemäß wird daher auch die Entwirrungssaktion an diesem Punkte einzusetzen haben.

In der emsigen Beobachtung der Nebensächlichkeiten der Krisengeschichte hat der größere Teil der öffentlichen Meinung es unterlassen, die Wahlrechtsreform, diesen Fels, auf dem sich die Zukunft erheben muß, einer neueren, wertenden Betrachtung zu unterziehen. Und doch liegt die staatshistorische, die Traditionen der ungarischen Parteiengeschichte umwälzende Bedeutung der gegenwärtigen Phase unseres politischen Werdens darin, daß die heutige Wahlrechtsforderung nicht mehr das Schlagwort von vorgestern und gestern ist, daß sie nicht mehr die Ausgeburt der Gehirnarbeit westentrücker, wirklichkeitsfremder Ideologen ist, auch nicht ein Köder, mit dem politisch verarmte Parteien auf Fischzug gehen, sondern ein Gebot des Lebens, hinter dem die Kraft der Erfüllung steht und für das der gewaltige Anschauungsunterricht des Weltkrieges mit allen Argumenten der staatlichen Existenznotwendigkeit spricht. Alles hat seine Zeit, und besonders gilt das von den politischen Marginen. Niemand wird heute, nach drei Jahren des Weltkrieges, die Argumente für eine Wahlrechtsreform aus dem geistigen Zeughaus des vormärzlichen Liberalismus holen wollen, und auch die Begründung, die später die französische und die italienische Demokratie ihren Wahlrechtsforderungen untergelegt haben, mutet heute an wie blasse, kraftlose, lebensfremde Ideologie. Die Motive der Wahlrechtsbewegung unserer Tage hat der Weltkrieg gezeitigt, und das Schwert unserer schwer ringenden Nation hat die Begründung ihrer politischen Forderung geschrieben. In diesem Kriege hat der Staat die Gesamtheit der Volkskräfte, alle demokratischen Energien zu seiner Verteidigung aufgerufen, und auf ihre politische Einsicht, auf ihre politische Reife erfolgreich seine von Ungewittern umtoste Existenz gestützt. Im Feld und im Hinterlande, im Schießgraben und in der Fabrik, in der Erzeugung der Güter, in ihrer Verteilung und in ihrem Verbrauch, im Handel und im Finanzwesen, in der sozialen und geistigen Hilfsstätigkeit war und ist der Staat auch heute angewiesen auf das höchste politische Verantwortungsgefühl des ganzen, unzerflühten Volkes, an das er in seinem schweren Kampfe ununterbrochen und stets mit vollem Ergebnis appellierte. Wie eine heglückende Erkenntnis konnte unser Land in Not und Gefahr verkünden, daß sich seine Bürger ohne Unterschied in gebender, opferbereiter Mündigkeit mit dem Heile des Staates identifiziert haben, und in diesem gewaltigen, unverlöschbaren Eindruck liegen die ganz neuen Ursachen des erwachten Selbstbewußtseins der ungarischen Demokratie. Das sind nicht mehr die Wünsche des humanen Stubengelehrten, nicht mehr die hohlen Rufe des Demagogen. Die Wirklichkeit, das Leben hat gesprochen. Der Staat, umdrängt von einer Welt von Feinden, konnte nur durch die politische Vollreife seines Volkes gerettet werden. Der Weltkrieg bedeutet die Mündigkeitserklärung der ungarischen Demokratie. Der Staat hat erkennen müssen, daß seine reale Kraft, die Säfte seines politischen Lebens unterschiedslos im ganzen Volke liegen, und er hat damit selbst seine eigene Verjüngung gezeitigt. Die Ausbreitung des Wahlrechts bis zu der Grenze, die die Existenzbedingungen des nationalen ungarischen Staates bezeichnet, ist demnach nur der juristische Ausdruck einer politischen Tatsache, die sich vor unser aller Augen bereits klar sichtbar etabliert hat.

So wird und muß der Staat die Ideologien in die Vergangenheit zurückweisen, die aus verflochtenen Zeiten kommend, gegen ein Fortschreiten in der Wahlrechts-

reform mit dem Hinweis auf die Unreife ganzer Volksschichten aufgetreten sind. Wie die nachkriegsische Demokratie überall aufgehört hat, ihre Argumente aus vergilbten liberalen Kampfschriften der Zeit des Absolutismus zu schöpfen, wie ihre Begründungen heute durchaus auf den Erscheinungen der nächsten Vergangenheit und der Gegenwart fußen, so müssen ihr gegenüber alle konservativen Bevormundungsideo logien versagen. Und hoffnungslos mühten auch die politischen Kunststücklein der völligen Wirkungslosigkeit versallen, mit denen die eine oder die andere oppositionelle Partei unseres gegenwärtigen Parlaments es unternehmen würde, die Wahlrechtsreform, die sie zur Mehrung ihres Heerbanns auf ihre Fahnen geschrieben hatte, nunmehr sachte verschwinden zu lassen, wie sie es bisher verschiedentlich getan. Der Maskenball ist zu Ende, und Verkleidung und Enthüllung halten den Lauf des großen politischen Geschehens nicht mehr auf. Das Ungarn vom Jahre 1917 ist ein völlig anderes als jenes vom Jahre 1907. Es ist nicht mehr möglich, wie damals, die Wahlrechtsreform zu begraben, indem ein parlamentarisches Spiel der Ausschaltungen parteipolitische Verpflichtungen tilgt. Die Forderung einer Wahlrechtsreform, die heute im Vordergrund der politischen Entwirrung steht, kam diesmal nur zum kleinsten Teil aus den Räumen des Parlaments. Das ungarische Politikum hat sich in den Jahren des Krieges weit über die Mauern des Palastes am Donaustrand hinausgedehnt, sich gewaltig erweitert. Der Staat selbst, der alle seine Kinder zur höchsten politischen Aufgabe, zum opferreichen Schutze des Gemeinwohls berief, hat dieses Politikum überall da zum Leben erweckt, wo ein Ungar ringend für die Existenz unserer Nation stand, und aus diesem großen Geschehen, nicht aus der Demagogie, ist die Forderung der ungarischen Demokratie auf staatsrechtliche Anerkennung der tatsächlichen Entwicklung, auf juristische Mündigkeitserklärung der im opferreichen Kampfe für den Staat mündig gewordenen Volksschichten hervorgegangen. In diesem Sinne darf in der Tatsache, daß die Lösung der Regierungskrise von der Wahlrechtsreform bestimmt wird, eine umwälzende Aenderung in der Geschichte des ungarischen Parteilebens erkannt werden. Noch ist die Krise nicht gelöst, noch ist die Bewegung für eine Reform des Wahlrechts nicht an dem befriedigenden Ruhepunkt angelangt; doch schon steht fest, daß die ungarische Demokratie, getragen von der eigenen, in schwerem Geschehen erwachten, lebendigen Kraft, zu selbständigem, widerstandstarkem Sein erstanden und unabhängig geworden ist von dem Willen ihrer offenen Feinde und auch von der Protektion ihrer verhüllten Gegner.

Ueber Not und Tod dieser fürchterlichen Zeit des Blutes hat uns diese leuchtende Erkenntnis getragen, denn sie ist ein würdiger und angemessener Lohn und wohl auch ein Ersatz für die Verluste, die unser Volk in diesem Krieg am kostbarsten Menschengut erlitten hat. Was bedeuten neben dieser ragenden Tatsache die persönlichen oder parteipolitischen Begleitererscheinungen der Entwirrung! Wäre es nicht Vergeudung, das Barrengold der Demokratie, das in dieser Krise liegt, in das schale Kleingeld der parteipolitischen Machtspiele umzuwechseln? Es ist die besondere Bedeutung der gegenwärtigen Krise, daß das nicht mehr geschehen kann. Wie auch die Entwirrung sein wird, ob alte oder neue Namen in den Vordergrund treten, die Männer, die kommen werden, sie werden kommen müssen mit den Ideen der Zeit. In diesem Zeichen ist die Krise entstanden, in diesem Zeichen wird wohl auch, das hoffen wir fest und innig, die Entwirrung stehen. In Ruhe harren wir der Entscheidung des Herrschers, dessen hohes Amt es ist, die neue Regierung Ungarns zu bestimmen. Denn eines ist uns längst Gewißheit: die Demokratie marschiert in Ungarn wie in der ganzen Welt.

NOTIZEN
Berliner